



## Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Harry Scheu-  
stuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein SPD**

**Salmonellenskandal: Endlich Aufklärung und  
Konsequenzen statt Verschleierung und Weiter-  
machen wie bisher**

Der Landtag wolle beschließen:

- Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich mündlich und schriftlich zu berichten,
  - warum die Staatsregierung und bayerische Behörden bei der Firma Bayern-Ei nicht eingegriffen haben, obwohl die problematischen Zustände hinsichtlich tierseuchenrechtlicher, lebensmittelrechtlicher und tierschutzrechtlicher Vorgaben bekannt waren,
  - warum die Staatsregierung im August 2014 keine öffentliche Lebensmittelwarnung aussprach bzw. die Öffentlichkeit nicht informierte, obwohl salmonellen-infizierte Eier in Deutschland und Europa im Umlauf waren,
  - warum die Staatsregierung und die zuständigen Behörden im August 2014 nur unzureichende Maßnahmen gegen die von salmonellen-infizierten Eiern ausgehenden Gesundheitsgefahren ergriffen,
  - wie die Staatsregierung die europäischen Partnerländer und die anderen Bundesländer ab Juli 2014 genau über die Gefahren und ihre Maßnahmen informierte,
  - ob die Staatsregierung und übergeordnete Behörden ihre Dienstaufsicht gegenüber den für Bayern-Ei zuständigen Kreisverwaltungsbehörden vernachlässigten,
  - warum die Staatsregierung es zuließ, dass von den mit den Vorgängen bei Bayern-Ei befassten Behörden gesetzliche Vorgaben, Verwaltungsvorschriften und Bekanntmachungen nicht beachtet und umgesetzt wurden bzw. nicht umgesetzt werden konnten,
- warum die Staatsregierung nichts dagegen unternahm, dass die lange Auswertungszeit von amtlichen Proben eine effektive und wirksame Kontrolle unmöglich machte, und
  - welche neuen Erkenntnisse bezüglich des europaweiten Salmonellenausbruchs 2014 inzwischen vorliegen.

### Begründung:

Trotz monatelanger Befassung mit dem Salmonellenskandal im Landtag bleibt das Handeln der Staatsregierung, insbesondere das des im Sommer 2014 verantwortlichen Staatsministers Dr. Marcel Huber, mehr als fragwürdig. Aber obwohl verschiedene Aspekte immer noch nicht transparent und bekannt sind, zeichnet sich immer deutlicher das Bild ab, dass in Bayern eine Praxis des Wegschauens und Duldens existiert. Das fördert den schwerwiegenden Verdacht, dass für die Politik der Staatsregierung Produzentenschutz Vorrang vor dem Verbraucherschutz hat.

Anders ist es schwer zu erklären, warum die Staatsregierung und bayerische Behörden nicht früher handelten, ihre eigenen Vorgaben nicht umsetzten und anwendeten, es zuließen, dass salmonellen-infizierte Eier weiter im Umlauf waren, die Öffentlichkeit nicht rechtzeitig warnten und erhebliche Defizite in Ausstattung und Vollzug der Kontrollen akzeptierten.

Solange die Versäumnisse und Defizite nicht umfassend aufgeklärt sind, können auch nicht die dringend notwendigen Konsequenzen gezogen werden, um einen effektiven und zuverlässigen Verbraucherschutz in Bayern zu ermöglichen.